



Wettbewerbsfähige Innovationen setzen Forschung voraus

Interview mit Prof. Dietmar Harhoff

Neue Quellen von Wertschöpfung und Wohlstand entstehen durch Bildung, Forschung und Innovation. Wir fragten Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Vorsitzender der Expertenkommission Forschung und Innovation beim Bundesministerium für Bildung und Forschung, wie es um das deutsche Innovationssystem bestellt ist.

Herr Harhoff, wie wettbewerbsfähig ist der Innovationsstandort Deutschland?

Noch ist Deutschland gut aufgestellt. In vielen Bereichen sind deutsche Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen weltweit führend, und die Unternehmen sind innovationsstark. Doch die gute Wettbewerbsposition ist bedroht, wenn Forschung und Innovation nicht weiter gestärkt werden. In anderen Industrieländern und auch in Schwellenländern wird der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik mittlerweile eine größere Priorität zugemessen als bei uns. Wenn wir nicht zurückfallen wollen, müssen wir große Anstrengungen unternehmen und die Innovationshemmnisse abbauen, die noch vorhanden sind.

Als ein zentrales Innovationshemmnis sehen Sie die Finanzierungsbedingungen für Innovationsprojekte in Unternehmen an. Wo liegen die Probleme?

In Unternehmen ist Eigenkapital die mit Abstand wichtigste Finanzierungsquelle für Innovationen. Doch die kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland sind nur mäßig mit Eigenkapital ausgestattet. Auch der Markt für Wagniskapital ist schwach ausgeprägt. Innovationen werden hierzulande durch das Steuersystem behindert. Die Finanzierung von Innovationsprojekten durch Wagniskapital wird zudem durch die bestehenden rechtlichen Regelungen unnötig erschwert. Immerhin hat der Gesetzgeber im letzten Jahr das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen, das sogenannte MoRaKG, auf den Weg gebracht. Doch auch wenn die EU die noch ausstehende beihilferechtliche Genehmigung erteilt, werden die Effekte begrenzt sein. Die Regelungen des Gesetzes sind viel zu restriktiv. Die Expertenkommission fordert deshalb, das deutsche Steuersystem innovationsfreundlicher auszugestalten und die Rahmenbedingungen für Wagniskapital deutlich zu verbessern.

Außerdem spricht sich die Expertenkommission für eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen aus. Warum wollen Sie neue Subventionen einführen?

Es geht nicht darum, Geschenke zu verteilen, sondern die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Innovationssystems zu bewahren. Global wettbewerbsfähige Innovationen setzen häufig Forschung und experimentelle Entwicklung voraus. Doch entsprechende Projekte bringen für das einzelne Unternehmen nicht denselben Ertrag wie für die Volkswirtschaft insgesamt – von den Anstrengungen eines Innovators profitieren viele. Deshalb wird in der Wirtschaft weniger geforscht und experimentell entwickelt, als dies aus volkswirtschaftlicher Sicht optimal wäre. Die steuerliche Förderung von

Forschung und Entwicklung in Unternehmen soll dieses Marktversagen teilweise korrigieren. Man muss das deutlich sagen – hier geht es nicht um die Bevorzugung einer lautstarken Gruppe von Interessenvertretern, sondern um eine ökonomisch sinnvolle Förderung von Wachstumsimpulsen.

Der DIHK, lehnt die steuerliche Forschungsförderung nicht grundsätzlich ab, sieht jedoch die Notwendigkeit zur Prioritätensetzung seitens der Politik - wie steht die Expertenkommission zu Themen wie Fachkräftemangel oder Unternehmenssteuerreform 2008?

Hier sind wir uns wohl mit dem DIHK einig, dass es sehr wichtig sein wird, den Fachkräftemangel zu beheben und die Innovationsbremsen zu beseitigen, die durch die Unternehmenssteuerreform 2008 eingeführt wurden.

Sie merken an, dass der Innovationsstandort Deutschland neben finanziellen Mitteln vor allem gut ausgebildete Menschen braucht. Was muss getan werden?

Um den zukünftigen Bedarf an Akademikern zu decken, muss erstens der Anteil der Schulabgänger mit Studienberechtigung erhöht werden. Zweitens benötigen wir einen Ausbau unserer Hochschulen. Und drittens sollten in Deutschland die Qualifizierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Wissenschaftler verbessert werden. Gerade erfolgreiche Forscher wandern gerne ins Ausland ab, weil sie dort attraktivere Rahmenbedingungen vorfinden. Dagegen ist die Zuwanderung von Akademikern aus dem Ausland gering. Wir benötigen deshalb überdies eine kluge, gezielte Einwanderungspolitik.

Die Expertenkommission spricht sich dafür aus, den Wissens- und Technologietransfer weiter zur forcieren. Ist es zielführend, die Akteure „zum Jagen zu tragen“?

Es macht natürlich keinen Sinn, jemandem etwas aufzuzwingen. Man sollte Aktivitäten aber auch nicht behindern. Hochschulen und Forschungsinstitute haben derzeit keine ausreichenden Freiräume, um sinnvolle Anreize und Organisationsformen des Wissens- und Technologietransfers zu implementieren. Zudem gibt es vergleichsweise wenig forschungsbasierte Unternehmensgründungen. Hier hat Deutschland über Jahrzehnte die Rahmenbedingungen vernachlässigt. Die Expertenkommission empfiehlt, die Beteiligung von Hochschulen und Forschungsinstituten an Ausgründungen aus der Forschung zu erleichtern. Außerdem spricht sie sich dafür aus, die Steuerlasten und die Sozialabgaben von besonders forschungsaktiven jungen Unternehmen zu reduzieren, so wie es jüngst in Frankreich getan wurde.

Sie problematisieren, dass in Deutschland der Schwerpunkt der Innovationsaktivitäten von Unternehmen auf der hochwertigen Technologie liegt. Ist das Ausdruck erfolgreicher Spezialisierung?

In der Tat ist es positiv zu sehen, dass deutsche Autos, Maschinen und Produkte der chemischen Industrie in der ganzen Welt stark nachgefragt werden. Die Branchen der hochwertigen Industrie werden auf absehbare Zeit immens wichtig für Deutschland bleiben. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass eine hohe Spezialisierung ihre Risiken birgt. Aktuelle Probleme in der Automobilindustrie machen dies deutlich. Wir müssen daher konsequenter als bisher neue Quellen von Wertschöpfung und Wohlstand erschließen. Damit werden die bestehenden Stärken nicht verneint, aber eine gewisse Neuorientierung ist erforderlich. Zudem empfiehlt die Expertenkommission, hochwertige wissensintensive Dienstleistungen in Innovationspolitik, Wirtschaftspolitik und Außenhandelsförderung verstärkt zu berücksichtigen.

Was macht EFI?

Die unabhängige Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) berät die Bundesregierung und legt regelmäßig Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit vor. Aufgabe der EFI ist es dabei, die Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems im internationalen und zeitlichen Vergleich zu analysieren und die Perspektiven des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland zu bewerten. Auf dieser Basis entwickelt die EFI Vorschläge für die nationale Forschungs- und Innovationspolitik.

Kontakt: Dr. Petra Meurer, Geschäftsstelle Expertenkommission Forschung und Innovation, Technische Universität Berlin, Fachgebiet Innovationsökonomie, Sekr. VWS 2, Müller-Breslau-Straße (Schleuseninsel), 10623 Berlin, Tel.: 030 / 314-76811, E-Mail: petra.meurer@e-fi.de